Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

Asyl in Mecklenburg

Vielleicht ist die Idee, Mecklenburg-Vorpommern für die Flüchtlinge zu öffnen, doch nicht so schlecht. Der Menschenrechtsbeauftragte der „Süddeutschen Zeitung“, Heribert Prantl, hat den Vorschlag gemacht, die Asylsuchenden an der Ostsee anzusiedeln. Er ist dafür sehr gescholten worden. Es hieß, das sei zynisch. Aber wenn man darüber nachdenkt, hat die Idee einiges für sich.

Es gibt viel Platz in Mecklenburg-Vorpommern, das ist schon mal von Vorteil. Die meisten Flüchtlinge kommen aus eher ländlichen Regionen, also finden sie sich schnell zurecht. Die Großstadt kann für Menschen, die den Verkehr nicht gewohnt sind, sehr gefährlich sein. Angeblich leben im Osten sogar wieder Wölfe, was aber auch kein Hinderungsgrund ist. Im Kosovo hausen ganze Wolfsrudel, und in Afrika ist man noch wildere Tiere gewohnt.

Das einzige wirkliche Problem, das ich sehe, sind die Nachbarn. Der Mecklenburger reagiert auf Fremde eher ablehnend, weshalb es schon Besucher aus Berlin dort schwer haben. Außerdem gibt es überdurchschnittlich viele Nazis. Aber vielleicht kann man eine Betreuungsprämie ausloben. Oder man macht eine Mauer drum herum und sperrt die Nazis aus.

Überall denken sie fieberhaft darüber nach, wie sie die Flüchtlinge unterbringen können, die nach Deutschland kommen. Über 400 000 werden es dieses Jahr sein, da ist Fantasie gefragt. Auch für die „Süddeutsche Zeitung“ ist Siedlungspolitik ein ungewohntes Terrain, aber warum nicht mal nach vorn denken? „Die Einwanderer können sich mit den Erfahrungen ihrer uralten Subsistenzwirtschaft, also der Selbstversorgung, eine bescheidene Existenz aufbauen“, schreibt Prantl. „Das wäre der Auftakt zu einer neuen europäischen Gründerzeit.“

Ich finde jede Form von Gründergeist klasse, auch wenn ich mir nie hätte träumen lassen, dass die Zukunft Europas noch einmal in der Agrarwirtschaft liegen könnte. Ich habe immer gelesen, der Reichtum einer Nation wie Deutschland sei in den Köpfen, weshalb wir ganz viel für die Bildung tun müssten. Jetzt ist also wieder Handarbeit gefragt. Mir ist allerdings aufgefallen, dass es ein gewisses Ungleichgewicht zwischen der Leidenschaft gibt, mit der für die Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen getrommelt wird, und dem tatsächlichen Engagement. Das mag am Wohnort liegen. Die meisten Journalisten leben in Innenstadtvierteln, in die sich nie ein Flüchtling verirren wird. Das ist sicher ein blöder Zufall, aber es entwertet ein ganz klein bisschen das Plädoyer für mehr Menschlichkeit, wie ich finde.

Andererseits ist es für die Fremden vielleicht ganz gut, wenn sie erst langsam an die grüne Biomarktwelt herangeführt werden. Als in Bremens alternativem Vorzeigeviertel Ostertor vor drei Jahren die Errichtung eines Asylheims anstand, hieß es fürsorglich auf einer Sitzung des Stadtteilbeirats: Selbstverständlich habe man nichts gegen Flüchtlinge, sie seien herzlich willkommen. Aber woanders sei es einfach besser für sie. Mecklenburg ist für den Anfang wirklich nicht so schlecht.

(Siehe auch Elke Schmitters Kolumne auf Seite 109.)

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.

Flüchtlinge in Mazedonien

Asylrecht

„Gabriel bestärkt Hetzer“

Aziz Bozkurt, 33, ist Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“. Er wirft seiner Partei und dem Vorsitzenden Sigmar Gabriel vor, in der Flüchtlingsfrage „kopflos“ zu agieren.

SPIEGEL: Herr Bozkurt, die Flüchtlingskrise ist das größte innenpolitische Thema des Jahres. Ist die SPD darauf vorbereitet?
Bozkurt: Die Vorschläge der Parteispitze wirken leider kopflos. Wir haben in der Koalition einiges für Flüchtlinge erreicht: einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt, die weitgehende Abschaffung der Residenzpflicht. Aber diese Kompromisse wurden teuer erkauft. Die Union höhlt das Asylrecht aus. Und die SPD-Führung lässt es geschehen.
SPIEGEL: Inwiefern?
Bozkurt: Meine Partei hat auf Druck der Union Serbien, Bosnien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Und nun gehen wir womöglich noch einen Schritt weiter und dehnen die Liste auf den Kosovo, Albanien und Montenegro aus.
SPIEGEL: Flüchtlinge vom Balkan erhalten in der Bundesrepublik so gut wie nie Asyl. Ist es da nicht vernünftig, die Verfahren zu beschleunigen?
Bozkurt: Die Zeitersparnis durch die Neuregelung ist verschwindend gering – und wir beschneiden auch noch das Grundrecht auf Asyl. Dieses erfordert die Prüfung eines jeden Asylgesuchs.
SPIEGEL: Selbst der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die Neuregelung mitgetragen.
Bozkurt: Eine fatale Fehlentscheidung. Mazedonien entwickelt sich zu einem „failed state“. Experten sprechen schon von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Wir aber nennen solche Zustände „sicher“.
SPIEGEL: Die SPD behauptet von sich, die Partei der Einwanderer und Neubürger zu sein.
Bozkurt: Das sind wir traditionell wie keine andere politische Kraft. Wir bekommen aber ein Problem, wenn am Morgen Generalsekretärin Yasmin Fahimi rechtsextreme Hassbriefe anprangert und am Abend Sigmar Gabriel Pegida-Agitatoren als „besorgte Bürger“ verharmlost. Gabriels Nachgiebigkeit gegenüber Rassisten verunsichert viele SPD-Anhänger und bestärkt rechte Hetzer. pop

Bozkurt

FOTOS: DIMITAR DILKOFF / AFP (O. R.); HC PLAMBECK (U.)